

Entschießung des Medienrats zum Schutz von Demokratie und Meinungsvielfalt

Eine freiheitliche Demokratie setzt neben rechtstaatlichen Grundsätzen einen freien, wahrhaften und unabhängigen Informationsfluss voraus. Die Pressefreiheit und der freie Informationsfluss sind konstituierend für die Demokratie. Menschen müssen sich umfassend und im Vertrauen auf geprüfte Daten und Hintergründe informieren können. Dies setzt einerseits die Verlässlichkeit der Medien und andererseits das Grundvertrauen der Bevölkerung in die Glaubwürdigkeit des Übermittlers von Nachrichten voraus. Dieses Vertrauen gründet sich in Deutschland auf das Mediensystem mit seinen meinungsstarken Presseorganen und dem Dualen System, in dem ein starker und unabhängiger Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und ein ebenfalls starker und vielfältiger privater Rundfunk in effektive journalistische Konkurrenz treten. Ergänzt werden diese Informationsquellen um Angebote, die aus dem Web 2.0 entstanden. Aufgrund ihrer Menge und der niedrighwelligen Produktion präsentieren diese auch Themen und Meinungen, die bis dahin wenig Raum fanden.

Der Medienrat der **brema** setzt sich dafür ein, dass diese Grundpfeiler unserer Demokratie gestärkt werden, dass Journalistinnen und Journalisten vor verbalen und physischen Angriffen und vor Verleumdungen als „Lügenpresse“ geschützt werden. Der Medienrat hat sich in der vergangenen Legislaturperiode ausführlich über Desinformation einschließlich der Gefahren von KI-generierten Deep-Fakes informiert und beobachtet den gesellschaftlichen Prozess einer Spaltung und den um sich greifenden Vertrauensverlust in den Journalismus mit Sorge.

Wenn Nachrichten ungeprüft über zweifelhafte Algorithmen millionenfach verbreitet werden und Meinungen unabhängig von der Faktenlage scheinbar gleichberechtigt nebeneinanderstehen, ist der gesellschaftliche Grundkonsens massiv gefährdet. Zwar steht es jedem Menschen (innerhalb der gesetzlichen Grenzen der freien Meinungsäußerungen) frei, jede noch so abseitige Meinungsäußerung im Internet zu verbreiten und natürlich wird dieses Grundrecht vom Medienrat nicht in Frage gestellt. Aber es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft,

negative Entwicklungen nicht teilnahmslos hinzunehmen, sondern sich aktiv um Aufklärung zu bemühen und Fake News zu benennen und abzuwehren.

Der Medienrat der **brema** repräsentiert in seiner Zusammensetzung die gesellschaftlich relevanten Gruppen. Zentrales Anliegen ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien anzuregen und entsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Die Menschen im Land Bremen sollen in der Lage sein, den Unterschied zwischen Information und Desinformation zu erkennen und sich so ein eigenes Bild zu machen.

Unverzichtbar dafür ist ein starker, qualitativ hochwertiger Journalismus, der in Presse und Rundfunk Nachrichten und Meinungen nach gründlicher Recherche für die Menschen aufbereitet und angemessen präsentiert. Wir erwarten daher von den etablierten Medien, dass sie ihren Beitrag zur Sicherung von Qualitätsjournalismus leisten.

Stand: 05. Juni 2024